

Salafismus und Jihadismus in Marokko

Alewtina Schuckmann
Goethe-Universität, Frankfurt

Offizieller Eigenname:	Al-Mamlaka al-Maghribiya (Königreich Marokko)
Hauptstadt:	Rabat
Staatsform:	Konstitutionelle Monarchie
Staatsoberhaupt:	König Mohammed VI. (seit Juli 1999)
Regierungschef:	Abdelillah Benkirane (Parti de la Justice et le Développement, seit November 2011)
Amtssprache:	Arabisch
Sprachen der Bevölkerung:	60% Arabisch; Amazigh (Tachelhit, Tamazight, Tarifit, u.a.); Französisch, Spanisch
Religion:	Sunnitische Muslime 98,7%, Christen 1,1%, Juden 0,2%
Fläche:	458.730 km ²
Bevölkerung:	33,848 Mio.
Bevölkerungsdichte:	76 Einwohner/km ²
Bevölkerungswachstum:	1,4%
Durchschnittsalter:	26,9
Bevölkerung unter 25 Jahren:	47,70%

Das Königreich Marokko ist eine konstitutionelle Monarchie mit absolutistischen Zügen, in der der König Mohammed VI. weitreichende Machtbefugnisse hat und auf verschiedenen Ebenen die wichtigste Entscheidungsinstanz darstellt. Er ist nicht nur politisches Oberhaupt und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, sondern als „Befehlshaber der Gläubigen“ (*‘amir al-mouminine*) auch die höchste religiöse Autorität des Landes. Das Königshaus erfährt einen großen Zuspruch von Seiten der Bevölkerung und legitimiert seine nunmehr seit dem 18. Jahrhundert währende Regentschaft durch seine scherifische Abstammung und den identitätsstiftenden Charakter Sultans Mohammed V. im Unabhängigkeitskampf. Während Hassan II., der Vorgänger des jetzigen Königs, für seine *Divide-et-impera*-Politik und zahlreiche Menschenrechtsverletzungen bekannt war, wird sein Nachfolger Mohammed VI. für seine Reformpolitik und Modernisierungsbestrebungen international geachtet. Der Monarch reagierte auf die Protestbewegung des „Arabischen Frühlings“, *Mouvement du 20. Février* umsichtig mit Neuwahlen und einer umfassenden Verfassungsreform im Jahre 2011.

Über Jahrzehnte hinweg nahm man für Marokko an, dass Bewegungen des politischen Islam hier keine Zukunft hätten. In der Tat existieren in Marokko einige Besonderheiten, die der Entwicklung eines extremen Islamismus entgegenwirken könnten. Zum einen wegen der religiösen Legitimation des Königs, was häufig als „marokkanischer

Exzeptionalismus“¹ bezeichnet wird, zum anderen weil die Zivilgesellschaft, namentlich die säkularen Frauenrechtsorganisationen, einen starken Gegenpol bildet und letztlich, weil der immer noch stark verbreitete Volksislam (*Marabutismus*) mit seiner Heiligenverehrung und anderen traditionellen Besonderheiten, konträr zur islamistischen Doktrin steht.

Islamismus in Marokko – ein Rückblick

In Marokko trat der Islamismus erstmals in den 1960er Jahren auf, in Opposition zu der sozialistischen Nationalbewegung, die stark vom ägyptischen Nasserismus und dem Marxist-Leninismus inspiriert worden war. Der Palast begann die islamistische Bewegung zu unterstützen und wandte sich an das saudische Königshaus, um der linken Bewegung entgegenzuwirken. Im Gegenzug wurde den Saudis freier Lauf gelassen, den Wahhabismus in Form von Publikationen, Audiokassetten, großzügigen monetären Zuwendungen und Predigern nach Marokko zu bringen. Die Freundschaft der beiden Monarchien wurde zudem durch die gemeinsame strategische Allianz mit den USA während des Kalten Krieges und in der ökonomischen und militärischen Unterstützung im marokkanischen

¹ Hegasy, Sonja (2009): „Vierzehn Kilometer vor Europa. Islam und Globalisierung in Marokko“, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.): *Was glaubt die Welt? Analysen und Kommentare zum Religionsmonitor 2008*, S. 273.

West-Sahara-Konflikt gefestigt². Anfang der 1970er Jahre wurde das Schulsystem zunehmend arabisiert, was die Schwächung der frankophonen Elite zum Ziel hatte.

Die erste organisierte islamistische Gruppierung war die 1969 gegründete „Islamische Jugend“ (*Jama'at al-Chabiba al-Islamiya*) von Abdelkrim Moutii, welche von der ägyptischen Muslimbruderschaft und den Schriften Sayyid Qutbs inspiriert worden war. Diese Bewegung wurde solange toleriert, bis deren extremistische Splittergruppe „Die Kombattanten des Maghreb“ (*Al-Moujahidine al-Maghribiya*) Omar Benjelloun, den Gründer der sozialistischen Partei *L'Union Nationale des Forces Populaires* (UNFP), am 18. Dezember 1975 ermordeten. Moutii floh vor der Inhaftierung nach Belgien und seine Organisation wurde 1976 verboten.

Abdelillah Benkirane, ehemaliges *al-Chabiba al-Islamiya*-Mitglied und heutiger Regierungschef Marokkos, gründete 1996 mit seinem Freund Ahmed Raïssouni die karitative Organisation „Bewegung der Vereinigung und der Reform“ (*Mouvement de l'unicité et de la réforme* (MUR), arab.: *Haraka al-Tawhid wa al-Islah*), mit dem Ziel daraus eine politische Partei zu machen.³ Die MUR selbst war eine Zusammenschluss zweier islamistischer Organisationen, der „Reform und Erneuerung“ (*al-Islah wa al-Tajdid*) und der „Zusammenkunft für die islamische Zukunft“ (*Rabiata al-Mustaqbal al-Islami*).⁴ Obwohl die Monarchie dem Wunsch der Parteigründung nicht nachkam, erlaubte sie ihnen, mit bestehenden politischen Parteien zu fusionieren. Dies taten sie 1997 mit der seit 1967 bestehenden, aber inaktiven kleinen Partei *Mouvement populaire constitutionnel et démocratique* (MPCD) von Abdelkrim El-Khatib. Seit 2002 hat sich die Partei zu *Parti de la Justice et du Développement* (PJD) umbenannt.

Die steigende Popularität der Islamisten hängt zum einen mit der sozialen Ungleichheit, Armut und hoher Arbeitslosigkeit zusammen, zum anderen auch damit, dass Islamisten mit ihren sittlich-moralischen Vorstellungen näher an den Einstellungen der wertkonservativen marokkanischen Gesellschaft sind als die westlich orientierte Elite.⁵ Zudem ist der marokkanische Staat seit den 1970er Jahren in einem beschleunigten Übergang von einer einst auf feudalen Strukturen und Clansystemen beruhenden Ordnung hin zu einer liberaleren, auf Modernisierung ausgerichteten, funktional differenzierten Gesellschaft. Dies hatte zur Folge, dass sich als Reaktion darauf seit den 1980er von islamistischer Seite Widerstand regte. Bereits nach dem Golfkrieg kursierte im ganzen Land salafistische Propaganda in Form von Büchern und CDs radikalisierten, in Saudi-

Arabien ausgebildeter Religionsgelehrter. Diese fand enormen Anklang bei marokkanischen Jugendlichen, meist aus benachteiligten Wohngebieten, und mobilisierte sie schließlich zum Jihad nach Afghanistan. Nach der US-Invasion kamen die Jihadisten zurück und formten Zellen, die von Kämpfern der Terrororganisation „Kombattanten des Maghreb“ geführt wurden.

Am 16. Mai 2003 wurden in Casablanca gleichzeitig fünf Suizidattentate auf Hotels, Restaurants und einen jüdischen Friedhof. Sie wurden von der marokkanischen Organisation „Der rechte Weg“ (*as-Sira al-Mustaqim*) ausgeführt, einem Ableger der islamistischen Organisation *as-Salafiya al-Jhadia*, die mit „Al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQIM) in Verbindung gebracht wird. Die Attentate zogen nicht nur staatliche Repressionen, zahlreiche Verhaftungen und ein strenges Anti-Terrorgesetz nach sich, sondern auch einen Generalverdacht gegenüber islamistischen Akteuren. Für die Radikalisierung der Islamisten wurde Hassans II. Umgang mit Islamisten zunehmend mitverantwortlich gemacht, weil er diese seit den 1960er Jahren als Gegenpol zu linken und nationalistischen Kräften instrumentalisierte, mit ihnen aber in den folgenden Jahrzehnten repressiv umging und ihnen wirkliche politische Partizipation verwehrte.

Moderate Islamisten

Die islamistische Szene in Marokko ist sehr heterogen. Die Mehrheit der Akteure ist moderat, vertritt pazifistische Ansichten und setzt bei ihren Programmen v.a. auf soziale Themen und Bildung. Die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (*Parti de la Justice et du Développement* (PJD)) vertritt einen reformistischen Ansatz innerhalb der islamistischen Strömung und akzeptiert den König als religiöses Oberhaupt. Um einem möglichen Parteiverbot vorzubeugen und sich von islamistischen Gewalttätern abzugrenzen, musste die Partei nach den Anschlägen viele Kompromisse mit dem Palast eingehen und unterstützte seit dieser Zeit Gesetze, die im ideologischen Widerspruch zur Parteilinie stehen. Sie gehörte bereits seit 2002 zu der stärksten Opposition im Parlament und stellt seit November 2011 die Mehrheit in der Regierungskoalition und den Regierungschef. Die Inklusion moderater Islamisten in die Politik diente der Spaltung islamistischer Kräfte und gehört seit seinen späten Amtsjahren zur Strategie Hassans II. im Umgang mit der Opposition. Er schloss sozialistische und islamistische Parteien Ende der 1990er in die vermeintliche Regierungsverantwortlichkeit mit ein, um das politische System zu stabilisieren und einer Radikalisierung entgegenzuwirken.⁶

Während es für die PJD wichtig ist, am Entscheidungsprozess aus dem politischen System heraus beteiligt zu sein, bevorzugt die spirituelle Bewegung „Gerechtigkeit und Wohlfahrt“ (*Al-Adl wa-l-Ihsan*) politische Aktivitäten

² Vgl. Howe, Marvin (2005): Morocco. The Islamist Awakening and Other Challenges, New York, S. 126.

³ Vgl. Howe 2005, S. 128.

⁴ Albrecht, Holger/Wegner, Eva (2006): „Autocrats and Islamists. Contenders and containment in Egypt and Morocco“, in: *The Journal of North African Studies*, 11:2, S. 123-141, vgl. S. 126.

⁵ Vgl. Steinberg, Guido/Werenfels, Isabelle: „Al-Qaida im Maghreb. Trittbrettfahrer oder neue Bedrohung?“ in: SWP-Aktuell (Februar 2007), S. 1-8, vgl. S. 5.

⁶ Vgl. Werenfels, Isabelle: „Zähmung der Islamisten durch Einbindung ins politische Leben. Erfahrungen mit islamistischen Parteien im Maghreb“, in: Neue Zürcher Zeitung (21.03.2006).

außerhalb bestehender politischer Institutionen, weil sie die Monarchie als vermeintlich unislamische Machtform ablehnt.

Die illegale, aber inzwischen geduldete Bewegung *Al-Adl wa-l-Ihsan* ist die größte islamistische Bewegung und bildet die stärkste Opposition des Regimes. Die Organisation war die größte geschlossene Gruppe, die an den Demonstrationen des „Arabischen Frühlings“ partizipierte. Sie erfährt einen enormen Zuspruch von der Bevölkerung und verfügt im ganzen Land über ein breites Netzwerk an Unterstützern. Ihr Gründer und spiritueller Führer Scheich Abdessalam Yassine bildete bis zu seinem Ableben im Dezember 2012 die einzige absolute Autorität der Bewegung. Seine Bewegung ist vom Sufismus inspiriert und fordert die Umwandlung des Staates in eine islamische Republik unter der Herrschaft von Religionsgelehrten.

Strategieänderung der Salafisten

Vor dem „Arabischen Frühling“ haben sich Salafis in Marokko nicht politisch engagiert, weil sie die politische Partizipation sowie Demonstrationen als häretische Innovation betrachteten (*bid'a*). Proteste und Demonstration galten als Form der Auflehnung gegen den Herrscher, die im Islam verboten sei und zum Chaos (*fitna*) führe. Sie beteiligten sich nicht an Wahlen und betrachteten Parlamente als Orte des Unglaubens, weil dort von Menschen gemachte Gesetze verabschiedet werden, die im Widerspruch zu Gottes Geboten stünden.⁷ Im Zuge der Revolten des „Arabischen Frühlings“ haben marokkanische Salafisten ihre Strategien geändert und begonnen, sowohl an Demonstrationen als auch am politischen Geschehen zu partizipieren.⁸ Die marokkanische Bewegung *Mouvement du 20. Février* – ursprünglich eine Jugendbewegung, mit mehrheitlich säkular gesonnenen Aktivisten – bot ihnen eine sichere Plattform, um für die Freilassung politischer Gefangener zu protestieren, die im Zuge des Anti-Terrorgesetzes unter Arrest standen. Infolge dessen und auf Antragstellung des Justizministers Mustapha al-Ramid, der sich für die Freilassung starkgemacht hatte, hat das Königshaus Milde walten lassen und mit einer Begnadigung von Salafisten reagiert. Die im Februar 2012 freigelassenen Salafisten, darunter allen voran die beiden Drahtzieher der Casablanca-Anschläge Rafiq Abu Hafs und Hasan al-Kettani, sind seither bestrebt, sich politisch und/oder zivilgesellschaftlich zu engagieren. Die von ihnen gegründete NGO „Haus der Weisheit“ (*Dar al-Hikma*) bietet karitative Dienstleistungen an und publiziert theologische Forschungsliteratur. Während El-Kettani sich aus der Politik raushalten möchte, ist Abu Hafs mit anderen bekannten Salafisten der bestehenden gemäßigten islamistischen „Partei für Renaissance und Tugend“ (*Parti*

de la Renaissance et de la Vertu (PRV)) beigetreten.⁹ Ob die Beteiligung der Salafisten an der Parteipolitik ihre Mäßigung signalisieren oder eine Islamisierung der politischen Landschaft bedeuten wird, ist zurzeit noch unklar. Viele der freigelassenen Salafis haben schon in den Gefängnissen eine Mäßigung ihrer Ideologien gezeigt und Pläne geschmiedet am politischen Geschehen – wenn auch nur in Form von Koalitionen mit Parteien – mitzuwirken. Beispiele für diese Koalitionen ungleicher Partner gibt es in Marokko seit den Wahlen 2011 zwischen der gemäßigten islamistischen „Partei für Renaissance und Tugend“ (*Parti de la Renaissance et la Vertu* (PRV)) und der palastinischen „Partei für Authentizität und Modernität“ (*Parti Authenticité et modernité* (PAM)) sowie zwischen der NGO „Monotheismus und Reform“ (*al-Tauhid wa-l-Islah*), die eine strategische Allianz mit der PJD eingegangen ist. Viele der neu gegründeten NGOs legen den Fokus vornehmlich auf die Missionierungsarbeit (*da'wa*) und die Verbreitung religiösen Wissens in Moscheen und Koranschulen, machen aber den indirekten Versuch einer politischen Einflussnahme, z.B. durch die Mobilisierung ihrer Anhängerschaft für Wahlen. So beteiligten sich viele Salafisten an den Parlamentswahlen und spielten bei dem Wahlsieg der PJD keine unwesentliche Rolle. Einer der wichtigsten wahhabitischen Salafisten und Präsident der Organisation „Gemeinschaft für den Aufruf zum Koran und zur Sunna“ (*Jama'at al-Dawa ila al-Quran wa al-Sunna*) Scheich Mohammed bin Abdul Rahman al-Maghraoui ist eng mit dem Regierungschef und Parteichef der PJD Abdelillah Benkirane befreundet und rief seine Anhängerschaft dazu auf, für die PJD bei den Parlamentswahlen und für das Referendum der Verfassungsreform zu stimmen.

Diese strategische Kursänderung gilt aber nicht für alle Salafisten in Marokko. Es gibt weiterhin die unnachgiebigen Ideologen aus dem jihadistischen Spektrum, die sich in informellen Netzwerken organisieren und deren Freilassung nicht bewilligt werden konnte, weil sie nicht mit sich verhandeln ließen, die Monarchie als Regierungsform zu akzeptieren und der Gewalt abzuschwören.¹⁰ Im September 2012 wurde die Bewegung „Partisanen des Islamischen Rechts“ (*Ansar al-Sharia*) gebildet, deren Gründer anonym bleiben und auf Facebook deklarieren, vor Säkularismus und menschengemachten Gesetzen zu warnen und den wahren Islam zu propagieren.

Rekruten für das Kalifat

Anlass zur Besorgnis bieten den Behörden zudem marokkanische Rekruten für den selbsternannten „Islamischen

⁷ Vgl. Said, Benham T./Fouad, Hazim (Hg.) (2014): *Salafismus*. Auf der Suche nach dem wahren Islam, Bonn, S. 41.

⁸ Vgl. ebd., S. 43.

⁹ Vgl. Ali, Siham: „Des salafistes intègrent la scène politique au Maroc“, in: *Magharebia* (14.06.2013), abrufbar unter: <http://magharebia.com/fr/articles/awi/features/2013/06/14/feature-04> (21.01.2015).

¹⁰ Vgl. Masbah, Mohammed: „In Richtung politischer Partizipation. Die Mäßigung der marokkanischen Salafisten seit Beginn des Arabischen Frühlings“, in: Said, Benham T./Fouad, Hazim (Hg.): *Salafismus*. Auf der Suche nach dem wahren Islam, Bonn, S. 297-319, S. 305f.

Staat“ (IS) und die jüngst aufgedeckten Terrorzellen innerhalb Marokkos sowie in den spanischen Enklaven Ceuta und Mellila. Die marokkanische Regierung geht von mehr als 2000 marokkanischen IS-Anhängern aus und schätzt die Zahl der Marokkaner aus dem europäischen Ausland, die sich der Terrormiliz „Islamischer Staat“ oder der *Al-Nusra*-Front angeschlossen haben, auf 1500-2000. Ungefähr 200 von ihnen sind inzwischen heimgekehrt und direkt bei ihrer Ankunft am Flughafen verhaftet worden. Innerhalb des Landes werden seit einigen Monaten vermehrt neue Terrorzellen aufgedeckt, insb. in Nordmarokko (rund um das Gebiet Nador) und den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla. Aus diesem Grund arbeiten die marokkanischen Sicherheitsbehörden auch eng mit Spanien zusammen. Erst im Dezember 2014 gelang es der spanischen und marokkanischen Polizei eine IS-Zelle zu zerschlagen, die gezielt Frauen angeworben hat, um sie nach Syrien und in den Irak zu schicken. Ferner gelang es den marokkanischen Sicherheitsdiensten im Dezember letzten Jahres 35 Mitglieder einer Terrorzelle zu arretieren, die der Terrororganisation *as-Salafiya al-Jihadia* angehören, die zuvor dreißig Kämpfer für Suizidattaken in den Irak entsendeten und mit zurückgekehrten Kämpfern Pläne für zukünftige Angriffe gegen die Regierung schmiedeten.

Die erste Welle der marokkanischen Kämpfer, die meisten von ihnen Kämpfer der Terrorgruppe *Al-Qaida im Islamischen Maghreb* (AQIM), erreichte Syrien Anfang 2012. Danach schlossen sich junge Marokkaner aus Marokko und dem Ausland der *Al-Nusra* und dem IS an. Die größte Zahl marokkanischer Kämpfer weist jedoch die jihadistische Bewegung *Harakat Sham al-Islam* auf. Seit Mitte 2013 stellen Marokkaner mit ca. 500 bis 700 Anhängern die Mehrheit der Gruppe. Des Weiteren haben sich Splittergruppen der AQIM dem IS angeschlossen und die militante islamistische Bewegung für „Einigkeit und Jihad in Westafrika“ (*Mouvement pour l'unicité et le jihad en Afrique de l'Ouest* (MUJAO)) planten Attentate auf marokkanische Politiker, darunter auch auf den Justizminister al-Ramid.

Die Motivation für den Anschluss an den Kampf in Syrien hat logistische und ideologische Gründe. Es ist relativ einfach und günstig nach Syrien zu reisen. Ein weiterer Faktor sind monetäre Gründe.

Die meisten IS-Anhänger stammen aus dem infrastrukturell benachteiligten Norden Marokkos, wie aus Nador oder Fnideq, oder aus marginalisierten Vierteln von Städten wie Tanger, Fès, Casablanca und den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla. Diese Gebiete sind für hohe Jugendarbeitslosigkeitszahlen bekannt. Darüber hinaus werden sexuelle Verlockungen als Köder missbraucht, um Männer wie Frauen übers Internet nach Syrien zu beordern. Im Gegensatz zur rigiden Sexualmoral der marokkanischen Gesellschaft, in der voreheliche sexuelle Beziehungen mit Geldbußen oder Gefängnisstrafen sanktioniert werden, bietet das Kalifat die Befriedigung körperlichen Verlangens, mit bis zu vier Ehefrauen oder Sexsklavinnen. Der

sogenannte „Sex-Jihad“ oder *jihad an-nikah* bietet jungen Frauen die Möglichkeit im „Heiligen Krieg“ ihren Beitrag zu leisten, indem sie mit Jihadisten Ehen auf Zeit eingehen, damit diese sich besser auf den Kampf konzentrieren können. Die Frauen glauben durch die Heirat mit einem in ihren Augen heroischen Glaubenskrieger und durch das Gebären neuer Märtyrer für den Jihad im Jenseits durch den Eintritt ins Paradies entlohnt zu werden.

Präventionsmaßnahmen des Staates

Nach den Attentaten von Casablanca in 2003 wurde neben dem Anti-Terror-Gesetz, das im Januar dieses Jahres als Reaktion auf die IS-Rekrutierung verschärft worden ist, auch ein Präventionsprozess eingeleitet. Die Infrastruktur in den Armenvierteln, aus denen die Suizidattäter mehrheitlich stammten, wurde verbessert und Wohnbauprojekte zur Umsiedlung ihrer Bewohner eingeleitet (Initiative *„Ville sans Bidonvilles“* („Städte ohne Elendsviertel“)). Des Weiteren wurde im Mai 2005 die *Initiative nationale pour le développement humain* (INDH), mit einem Budget von 1, 2 Milliarden US-Dollar gegen soziale Marginalisierung initiiert.

Neben den sozio-ökonomischen Investitionen konzentriert sich die marokkanische Regierung auf die Strategie der Sicherheitsprävention und die religiöse Sicherheit. Die Strategie der religiösen Sicherheit zielt auf die Sensibilisierung der Bürger gegen extremistische islamistische Propaganda ab. Die Attentate von Casablanca führten zu einer Rückbesinnung auf die sufistische und malekitische religiöse Tradition des Landes und der Betonung einer spezifischen marokkanischen Identität des toleranten Islam. Das Ministerium für religiöse Angelegenheiten (*Ministère des habous et des affaires islamiques*), dem der König vorsteht, hat die Überwachung des Inhalts der Freitagspredigten von 30.000 Moscheen des Landes angeordnet und viele salafistische Moscheen und Koranschulen schließen lassen. Das Amt des Ministers hat seit 2002 der parteienlose Ahmed Taoufiq inne, ein Sufi der spirituellen Bruderschaft *Qadiriyya Boutchichiya*, der einen liberalen, toleranten Islam marokkanischer Prägung zu implementieren versucht. Darüber hinaus sollen der im Jahre 2006 vom König und dem Ministerium für islamische Angelegenheiten ins Leben gerufene Radiosender „Radio Mohammed VI Heiliger Koran“ (*Radio Mohamed VI du Saint Coran*) und das „*Assadissa*“ Satellitenfernsehen Netzwerk die Verbreitung moderater muslimischer Lehren unterstützen.

Eine weitere wichtige Innovation in den religiösen Institutionen stellte der im Frühjahr 2005 vom Ministerium für islamische Angelegenheiten initiierte Studiengang für weibliche Theologinnen (*mourchidat*) an der Theologischen Fakultät in Rabat dar, in der bereits im ersten Semester 50 Frauen an der Seite ihrer männlichen Kommilitonen studierten. Sie vertreten neben 150 ausgebildeten jungen Imamen die neue Religionspolitik des Königsreichs und sollen auf diese Weise radikalen islamistischen Strömungen Einhalt gebieten. Sie nehmen die gleichen Aufga-

ben wahr wie ihre männlichen Kollegen, sind allerdings nicht autorisiert, das Freitagsgebet zu leiten. Des Weiteren hat der König in der neuen Verfassung festschreiben lassen, dass der „Hohe Rat der religiösen Rechtsgelehrten“ (*Conseil supérieur des Oulémas*) nunmehr die einzige religiöse Institution darstellt, die befähigt ist, religiöse Rechtsgutachten (*fatwas*) auszustellen und gleichzeitig als Repräsentant des offiziellen Islam in Marokko fungiert.

Ausblick:

Die Beteiligung von Marokkanern in der Terrororganisation IS ist laut neuesten Zahlen von allen Ländern die höchste. Die jahrelange Repression salafistischer Akteure nach den Attentaten von Casablanca, so scheint es, hat die Radikalisierung von Islamisten katalysiert. Das strategische Taktieren Hassans II. und die Allianz mit dem saudischen Königshaus seit den 1960er Jahren sowie die soziale Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft, insb. im Norden Marokkos, schufen den Nährboden für radikalen Islamismus. Die Armut und Perspektivlosigkeit der sogenannten *bidonvilles* („Elendsviertel“) am Rande der Großstädte sind zu Brutstätten der Kriminalität und Radikalisierung geworden. Ob die Präventionsmaßnahmen Erfolg zeigen werden, ist momentan noch unklar. Positive Tendenzen zeichnen sich ab. Der Sufismus, als Gegengewicht zum Salafismus, findet seit Anfang des 21. Jahrhunderts, auch als Folge der Attentate auf Casablanca, vor allem bei jungen Marokkanern immer größeren Zuspruch. Das Modell der Implementierung eines toleranten Islam hat Vorbildcharakter für die Nachbarländer. Bspw. wurden im Herbst 2013 200 Imame aus Mali zur Ausbildung nach Marokko geschickt. Tunesien, Guinea und Niger haben den marokkanischen Staat auch um Hilfe bei der Ausbildung von Imamen und dem Bau von Moscheen gebeten.

Abkürzungen:

GIA: *Groupe Islamique Armé* („Bewaffnete Islamische Gruppen“, frz. Sammelbezeichnung für islamistische Gruppen im algerischen Bürgerkrieg)

GSPC: *Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat* („Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf“)

INDH: *Initiative nationale pour le développement humain* („Nationale Initiative für menschliche Entwicklung“)

IS oder Daesh: Islamischer Staat (arab.: *ad-daula al-islāmīyya*); ehem.: ISIS („Islamischer Staat im Irak und in (Groß-)Syrien“, arab.: *ad-daula al-Islāmīya fī l-‘Irāq wa-sh-Shām*)

MUJAO: *Mouvement pour l'unicité et le jihad en Afrique de l'Ouest* („Bewegung für Einzigartigkeit und Jihad in Westafrika“)

MUR: *Mouvement de l'unicité et de la réforme* („Partei für Einzigartigkeit und Reform“)

MPCD: *Mouvement populaire constitutionnel et démocratique* („Konstitutionelle und demokratische Volksbewegung“)

PAM: *Parti Authenticité et modernité* („Partei für Authentizität und Modernität“)

PJD: *Parti de la Justice et du Développement* (arab.: *Hizb al-‘adāla wa-t-tanmīya*) („Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“)

PRV: *Parti de la Renaissance et de la Vertu* („Partei für Renaissance und Tugend“)

UNFP: *L'Union Nationale des Forces Populaires*

Erstellt im Februar 2015

Übersicht islamistischer Organisationen in Marokko

„Islamische Jugend“ (<i>Jama'at al-Chabiba al-Islamiya</i>)	1969 von Abdelkrim Moutii gegründet; 1976 Verbot im Zuge des Anschlags auf Benjelloun
„Die Kombattanten des Maghreb“ (<i>Al-Moujahidine al-Maghribia</i>)	Splittergruppe der „Islamischen Jugend“, verantwortlich für den Anschlag auf Omar Benjelloun 1975
„Bewegung der Vereinigung und der Reform“ (<i>Mouvement de l'unicité et de la réforme</i> (MUR), arab.: <i>Haraka al-Tawhid wa al-Islah</i>)	1996 von Abdelillah Benkirane und Ahmed Raïssouni gegründet. 1997 Fusion mit der Partei <i>Mouvement populaire constitutionnel et démocratique</i> (MPCD)
„Reform und Erneuerung“ (<i>al-Islah wa al-Tajdid</i>) und „Zusammenkunft für die islamische Zukunft“ (<i>Rabiata al-Mustaqbal al-Islami</i>)	Fusionierten zur MUR 1996
„Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (<i>Parti de la Justice et du Développement</i> (PJD))	Seit 2002 neue Bezeichnung der <i>Mouvement populaire constitutionnel et démocratique</i> (MPCD)
„Der rechte Weg“ (<i>as-Sira al-Mustaqim</i>), Ableger der islamistischen Organisation <i>as-Salafiya al-Jihadiya</i>	Verantwortlich für die Casablanca-Anschläge 2003; Verbindung zu „Al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQIM)
„Al-Qaida im islamischen Maghreb“ (<i>Al-Qaida fi Bilad al-Maghrib al-Islami</i> (AQIM))	Seit 2007 unter diesem Namen, vorherige Bezeichnung: „Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat“ (GSPC); verantwortlich für Selbstmordattentate in Casablanca 2003, 2007 und in Marrakesch 2011
Bewegung „Gerechtigkeit und Wohlfahrt“ (<i>Al-Adl wa-l-Ihsan</i>)	1985 von Scheich Abdessalam Yassine gegründet
„Haus der Weisheit“ (<i>Dar al-Hikma</i>)	2012 gegründete Nichtregierungsorganisation von Rafiq Abu Hafs und Hasan al-Kettani
„Partei für Renaissance und Tugend“ (<i>Parti de la Renaissance et de la Vertu</i> (PRV))	Gemäßigte islamistische Partei, der sich Abu Hafs und andere Salafisten nach ihrer Freilassung anschlossen
„Monotheismus und Reform“ (<i>al-Tauhid wa-l-Islah</i>)	Nichtregierungsorganisation, die 2011 eine strategische Allianz mit der PJD eingegangen ist
„Gemeinschaft für den Aufruf zum Koran und zur Sunna“ (<i>Jama'at al-Dawa ila al-Quran wa al-Sunna</i>)	Nichtregierungsorganisation des Scheichs Mohammed bin Abdul Rahman al-Maghraoui, enger Freund des PJD-Parteichefs Abdelillah Benkirane
„Partisanen des Islamischen Rechts“ (<i>Ansar al-Sharia</i>)	Jihadistische Organisation, 2012 gegründet

Erstellt im Februar 2015